

Frage 1.) **Ludwigshöhviertel:** geplanter Bau einer Straßenbahnstrecke mit Durchstich auf die Heidelberger Landstraße.

1. Wie stehen Sie zu diesem Bauprojekt?
2. Gäbe es aus Ihrer Sicht Alternativen hierzu? Wäre für Sie z.B. eine Option, den Natureingriff durch eine gleichzeitige Nutzung der Straßenbahntrasse auch für den Individualverkehr zu reduzieren?
3. Wie würden Sie die Versiegelung und den Waldverlust reduzieren / ausgleichen?

Antwort: Unser Ziel ist es, Flächenversiegelung und Waldverlust zu minimieren. Daher hätte uns eine Verlängerung der derzeitigen Straßenbahnlinie 3 bis zur Cooperstraße, kombiniert mit einem Bus-Shuttle zur Heidelberger Straße ausgereicht.

Nachdem die Entscheidung für eine Durchbindung zur Heidelberger Straße gefallen ist, werden wir darauf dringen, dass diese mit kleinstem Querschnitt und ohne zusätzliche Fahrbahnpkapazität erfolgt, flankiert mit einem Ausbau der Radinfrastruktur (mit sicherer Querung zum Südbahnhof) und Mobilitätsstationen am Quartiersrand (Carsharing, Lastenrad) zur Minimierung des Individualverkehrs.

Eine gemeinsame Trasse („Mischverkehr“) von Straßenbahn und Individualverkehr würden wir zur Reduzierung des Flächenbedarfs befürworten, falls verringerte Wirtschaftlichkeitsbewertung und erhöhte Sicherheitsanforderungen Genehmigung und Förderung nicht in Frage stellen.

2.) **Geplantes Industriegebiet am Gehaborner Hof** (oder anderen Standorten auf der „Grünen Wiese“)

1. Wie stehen Sie zu dieser Projektidee?
2. Gäbe es aus Ihrer Sicht Alternativen hierzu?
3. Wie würden Sie die Versiegelung und den Verlust an Wiesen/Ackerflächen ausgleichen?

Antwort: Unser Ziel ist es, Versiegelung und Außenwachstum zu begrenzen und weiteren Flächenverbrauch zu verhindern. Daher lehnen wir dieses Projekt ab, zumal dadurch eine große lokale landwirtschaftliche Fläche und fruchtbarer Boden unwiederbringlich verloren gingen. Negative Folgen für Grundwasserbildung, Biodiversität, Emissionsschutz und Lebensqualität sind offensichtlich. Außerdem ist strittig, wie viele neue Arbeitsplätze tatsächlich entstehen, ob diese den Anwohner:innen vor Ort zugute kommen und ob der Nutzen die langfristigen Kosten (bzgl. Infrastruktur, Verkehr, Umweltschutz) überwiegt.

Statt weiterem Außenwachstum sollten bestehende Gewerbeflächen besser genutzt und Leerstände oder innerstädtische Entwicklungspotenziale aktiviert werden.

Der Verlust hochwertiger Ackerböden lässt sich durch Renaturierungsmaßnahmen an anderer Stelle kaum kompensieren.

3.) **Osthang-Bebauung:** Ein Besucherzentrum für das UNESCO-Weltkulturerbe Mathildenhöhe soll laut Stavo-Beschluss dort gebaut werden.

1. Wie stehen Sie zu diesem Bauprojekt und weiteren Eingriffen am Osthang?
2. Gäbe es aus Ihrer Sicht Alternativen hierzu?
3. Wie würden Sie die Versiegelung und den Waldverlust ausgleichen?

Antwort: Wir lehnen dieses Projekt ab, da dadurch ein gewachsener Natur- und Kulturraum zerstört wird und die Stadtgesellschaft einen sozialen und kulturellen Treffpunkt verliert. Der behauptete Nutzen durch Tourismus steht in keinem vernünftigen Verhältnis zu den veranschlagten Kosten und hätte ebenso gut durch alternative Standorte (Nutzung historischer Gebäude in der Nähe) oder digitale Lösungen (z.B. virtuelle Führungen) erreicht werden können. Beides wäre einem Weltkulturerbe und einer Digitalstadt würdiger gewesen.

Die fehlende Transparenz der Entscheidung (lag dem Beschluss eine Täuschungshandlung zu Grunde?) und unausgewogene, konflikträchtige Umsetzung (Polizeieinsatz und Rodung trotz Protesten und Demonstrationen) wirft Fragen zur ausreichenden demokratischen Beteiligung der Bevölkerung auf.

4.) **Offenlegung und Renaturierung Darmbach**

1. Wie stehen Sie zu diesem Projekt?
2. Setzen Sie sich für die Verwirklichung in der kommenden Legislaturperiode ein?

Antwort: Wir verfolgen das Ziel einer Hitzereduktion im Klimawandel. Offene Gewässer und begleitende Begrünung können das Mikroklima verbessern und ein Baustein von Klimaanpassung/„Schwammstadt“-Ansätzen sein. Der städtebauliche und ökologische Mehrwert wirkt aber nur räumlich begrenzt entlang der Trasse.

Vorbehaltlich einer detaillierteren Prüfung könnten bei diesem Projekt einerseits die noch verbleibenden Baukosten von etwa 5,5 Millionen € durch jährliche Entlastung des Stadthaushaltes von jährlich ca. 3 Millionen € (vor allem aufgrund des Wegfalls von Abwassergebühren) schon nach 2 Jahren wieder eingefahren sein. Andererseits würden damit die Fixkosten der Kläranlage von der Stadt auf die Privathaushalte umgelegt werden, die vermutlich pro Jahr um etwa 37 € stärker belastet würden. Das steht im Konflikt mit unserem übergeordneten Ziel, die Gebührenlast der Anwohner:innen zu verringern.

Im Zweifel würden wir dezentrale und skalierbare Maßnahmen wie Baumpflanzungen, Entsiegelung, Versickerungssysteme, Dach- und Fassadenbegrünung sowie temporäre Wasserspender) bevorzugen.

5.) Verlegung Ruthsenbach am Steinbrücker Teich

1. Wie stehen Sie zu diesem Bauprojekt?
2. Sehen Sie Verwirklichungschancen für die kommende Legislaturperiode?

Antwort: Für das Projekt sprechen zwar bessere ökologische Durchgängigkeit (für Fisch-/Organismenwanderung) und geringere Wasserverdunstung in Trockenzeiten durch teilweises Vorbeiführen des Bachwassers am Steinbrücker Teich (Nebenschluss-Betrieb). Fraglich sind allerdings Einschränkungen der Nutzbarkeit der Grillwiese für die für Naherholung und negative Auswirkungen auf den Steinbrücker Teich (Wasserspiegel, -qualität, -temperatur, Algen), sowie den Haushalt der Stadt. Bis zu einer Ausräumung dieser Zweifel würden wir die knappen Ressourcen der Stadt eher für andere Projekte verwenden.

Allgemeine Fragen

1.) Sieht ihre Partei / Wählergemeinschaft die Waldstrategie (Darmstädter Leitbild Wald) der Wissenschaftsstadt Darmstadt als ausreichend an? Was werden sie versuchen zu verändern, auszubauen, neu einzubringen?

Antwort: Die Waldstrategie wird grundsätzlich begrüßt, da sie den stark unter Klimafolgen leidenden Stadtwald resilienter macht, Biodiversität fördert und Mikroklima und Bodenfeuchte verbessert. Dies zeigen auch erste positive Trends nach den extremen Trockenjahren (z.B. sinkende Kronenverlichtung). Allerdings müsste sie flankiert werden von konsequentem Wildmanagement (Senkung des Verbisschadens) und sollte sich über den gesamten "Darmstädter Wald" (inkl. Staatswald-Anteilen) erstrecken. Für den Westwald müsste sie außerdem ergänzt werden um aktives Wassermanagement (Wasserretention) und teilweisen Umbau des Bestandes auf klimaangepasste Baumarten.

2.) Darmstadt als Zuzug-Stadt hat nach offiziellen Äußerungen enormen Wohnraumbedarf. Welche

Maßnahmen werden sie versuchen hierfür umzusetzen? Planen Sie hierfür auch Neubaugebiete an

und über derzeitigen Bebauungsgrenzen?

Antwort: Wir verfolgen das Ziel, Neubau über Bebauungsgrenzen hinaus zu minimieren. Dies möchten wir erreichen durch Mobilisierung von Wohnraum (Satzung gegen Leerstand; betrifft ca. 3000 Wohnungen), Wiedereinführung des Genehmigungsvorbehalts, der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zustimmungspflichtig macht, Konversion ehemaliger Militär-/Gewerbeflächen und Umnutzung (z.B. von Büroflächen). Langfristig kann auch die Vergabe von Bauflächen nur in Erbpacht helfen. Darüber hinaus unterstützen wir Aufstockung, Dachausbau, Nachverdichtung in Blockinnenbereichen und mittels Parkplatz-/Garagenhof-Überbauung - worunter allerdings das Stadtklima nicht leiden darf.

Auch eine ÖPNV-orientierte Siedlungsentwicklung im Umland mit interkommunaler Zusammenarbeit (damit zusätzlicher Wohnraum nicht automatisch mehr Autoverkehr nach sich zieht) ist anzustreben.

3.) Setzen Sie sich dafür ein, dass der Naturschutzbeirat der Stadt in den Ausschüssen Rede- und Antragsrecht zu Interessen des Naturschutzes berührenden Tagesordnungspunkten erhält?

Antwort: Ja, denn das kann die Fachkompetenz der Entscheidungen in diesem Bereich nur verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Geschäftsordnung dahingehend geändert wird, nach dem Beispiel etwa von Kassel oder dem Werra-Meißner-Kreis.

4.) Wo sehen Sie zukünftig Zusammenarbeiten mit Naturschutzorganisationen wie z.B. dem NABU und dem BUND?

Antwort: Bestehende erfolgreiche Kooperationen wie die Einrichtung der Stadtnaturpunkte und „Points of Insects“ sind auf weitere städtische Flächen (Friedhöfe, Straßenbegleitgrün, Schulen) zu erweitern, gemeinsame Pflegeleitfäden für Mahd und Blütenabfolgen sind zu erarbeiten. Naturschutzorganisationen sollten ihre Expertise bei der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie, dem Freiraumkonzept und der Klimaanpassung (Schwammstadt, Entsiegelung, Stadtbäume) einbringen. Weitere Mitwirkungsmöglichkeiten sehen wir beim Monitoring der Erfolgsindikatoren und in der Umweltbildung (an Schulen und Kindergärten).

5.) Setzen Sie sich dafür ein, dass neben dem bestehenden Beschluss der Prüfung auf Klimarelevanz bei künftigen Beschlüssen der Stadtregierung ebenfalls die Prüfung auf das Darmstädter Freiraumkonzept und der Biodiversität erfolgt?

Antwort: Ja, denn Klimarelevanz, Freiraumstruktur (gemäß Freiraumkonzept) und Biodiversität gehören sachlich zusammen und sollten gemeinsam bei Beschlüssen geprüft werden. Dies erhöht die Transparenz für Stadtverordnete, macht Widersprüche und Zielkonflikte frühzeitig sichtbar und kann langfristig Folgekosten senken (z.B. bei Hitze, Starkregen und Pflege).

6.) Was Sie schon immer zum Thema Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sagen wollten: Hier ist Platz dafür...

Antwort: Die Verbesserung der Lebensumstände aller Bewohner:innen ist eines unserer übergeordneten Ziele. Dafür sind die genannten Themen zentrale Voraussetzungen. Sie erhöhen die Lebensqualität und physische wie psychische Gesundheit der Bewohner:innen, schützen in Zeiten des Klimawandels die Verletzlichsten (ältere Menschen, Kinder, einkommensschwache Haushalte und Menschen in dicht bebauten Vierteln), stärken die Wirtschaft (durch erhöhte Resilienz und Standortattraktivität, auch für Fachkräfte) und reduzieren langfristige Kosten.